LEITARTIKEL

Verdrängte Fragen

Der Streit darüber, wer den Kampf gegen Corona steuert, lenkt ab von den zentralen Themen in der Pandemie.

Der Föderalismus gibt auf. Die Länder sind untereinander so zerstritten über die Frage, wie es auf das Corona-Virus zu reagieren gilt, dass ihr geplantes Treffen mit der Bundesregierung am Montag ausfällt. Stattdessen soll's künftig der Bund richten – auch wenn eifrig betont wird, alles geschehe einvernehmlich. Selbst der Hinweis, bei niedrigen Inzidenzen halte sich Berlin aus allem heraus, klingt nach Ablenkung. Denn entscheidend ist ja, wie die Dinge in den gefährlichen Zeiten geregelt sind.

Die schlechte Nachricht, sie kommt an einem Tag, an dem die Zahl der Neuinfektionen mit etwa 25 500 um gut 3500 höher ausfällt als in der Vorwoche, an dem Intensivmediziner ausrufen: „Es brennt". Schlecht für das Bemühen, die dritte Corona-Welle flachzuhalten, weil wertvolle Zeit verloren geht. Schlecht für unser politisches System, weil in einer zentralen Frage an seinen Grundlagen gerüttelt wird. Und schlecht, weil die Kraft und Zeit fehlt für tatsächlich zentrale gesellschaftliche Debatten im Zusammenhang mit der Impfkampagne.

Eigentlich hätte der Föderalismus hier seine Stärken ausspielen - und gemeinsam ausgehandelte Regeln auf ihre Tauglichkeit für die jeweiligen Bedingungen vor Ort prüfen können. Doch zu einheitlichen Vorgaben konnten sich die Länder nicht mehr durchraufen. Sie testeten nicht verschiedene Wege in die gleiche Richtung, sondern gingen entgegengesetzte Wege. Die einen fokussierten verschärfte Einschränkungen, andere überboten sich in Lockerungen.

Vielleicht waren die Länder unterschiedlich standhaft gegen das fortwährende Werben der Wirtschaft für rasche Öffnungsschritte. Für die jedenfalls ist es noch zu früh - auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz nicht bei 300 liegt, wie noch vor Ostern vom Robert-Koch-Institut befürchtet. Immerhin ein Erfolg des danach verkündeten Lockdowns.

Absehbar ist eine neue Phase in der Pandemiebekämpfung dennoch - endlich. Inzwischen sind Schnelltests immer einfacher greifbar, in Arztpraxen, in zahlreichen neu entstandenen Testcentern oder zur Selbstbedienung im Einzelhandel. Am zweiten Baustein hakt es dagegen - noch sind zu wenig Menschen geimpft, als dass wir Lockerungen wagen können. Doch die vergangenen Tage stimmen optimistisch, dass zunehmend Vakzine zur Verfügung stehen.

Mit Schnelltests und zunehmendem Impffortschritt kommt die Zeit, die Einschränkungen für jene Menschen wieder zurückzufahren, die die Spritzen bekommen haben. Das mag ungerecht jenen Menschen gegenüber erscheinen, die noch auf ihre Impfung warten. Aber das Grundgesetz ist hier eindeutig. Grundrechte lassen sich nur aus gewichtigen Gründen einschränken. Die sind nicht gegeben, wenn Geimpfte nicht mehr ansteckend sind, wie jüngste Untersuchungen zeigen.

Und es wird Zeit, eine schwierige, bisher verdrängte Frage zu klären: Was machen wir am Ende mit jenen, die trotz entsprechender Angebote nicht geimpft sind? Dürfen diese Menschen weiter nicht ins Kino, in den Möbelladen, zur Familienfeier? Zentrales Kriterium muss in der Frage bleiben, welche Gefahr von diesen Menschen ausgeht. Aus der Perspektive der Pandemiebekämpfung dürfte ein verbliebener Anteil Ungeimpfter dann wenig problematisch sein, wenn die Gruppe klein genug ist – Stichwort Herdenimmunität.

Doch die jeweils individuelle Perspektive bleibt, das menschliche Leid in jedem Einzelfall, das Corona bringen kann. Nun könnte man sagen: Dieses Risiko nehmen nicht Geimpfte bewusst in Kauf. Aber das stimmt nicht für alle. Es gibt auch jene, die sich gerne impfen lassen würden, es aus gesundheitlichen Gründen aber nicht können. Was ist mit deren Schutz? Will der Staat ihn sicherstellen, müsste er die Impfung für alle anderen verpflichtend machen.

Dass eine nationale Impfpflicht juristisch denkbar ist, zeigt ein Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Er wies am Donnerstag Klagen von Familien aus Tschechien gegen eine Impfpflicht für Kinder ab. Beim Bundesverfassungsgericht sind ähnliche Klagen anhängig.

Die Lage ist beim Covid-Impfstoff schwieriger, weil für die Stoffe nur eine bedingte Zulassung vorliegt und die Langzeitfolgen unbekannt sind. Und nicht alles, was rechtlich möglich ist, muss politisch klug sein. Fällt eine weitreichende Entscheidung wie ein Impfzwang, dann sicher auf Basis eines breiten Konsenses.

Umso schwieriger werden dürfte es für jene, die für sich Gründe gegen eine Impfung sehen, sich vertreten zu fühlen. Wo würden sie ihre politische Heimat finden? Vielleicht wenden sie sich extremen Parteien zu, vielleicht wählen sie gar nicht mehr. Gut wäre beides nicht.

Es bleibt die Aufforderung an Nichtgeimpfte, mit der Verantwortung, die sie auf sich nehmen, angemessen umzugehen: Kino, Möbelladen, Familienfeier auch künftig nur mit Schnelltest und Maske. Ob das auf der Basis von Vernunft und ohne Kontrollen funktionieren wird, daran lassen die samstäglichen Demonstrationen zweifeln. Seite 2-4

Michael Bayer

NORDIRLAND

Dramatische Brexit-Folgen

Von Andreas Schwarzkopf

Mit den seit Tagen anhaltenden Unruhen in Nordirland wird für alle sichtbar, wovor viele lange gewarnt haben. Der Brexit heizt nicht nur den Konflikt zwischen proirischen Republikanern und probritischen Unionisten an und bedroht damit einen brüchigen Frieden.

Zusätzlich hat die im Januar vollzogene Trennung von der ungeliebten EU die britischen Exporte nach Europa dramatisch einbrechen lassen, vor allem weil die Johnson-Regierung das Land entgegen der Versprechen fast nicht auf Grenzkontrollen vorbereitet hatte. Auch wegen der ökonomischen Brexit-Folgen werden in Schottland und Wales die Rufe nach Unabhängigkeit immer lauter.

Premier Boris Johnson wird deutlich mehr unternehmen müssen, um diese Probleme zu lösen, als etwa seinen Staatssekretär für Nordirland nach Belfast zu schicken oder die wirtschaftlichen Folgen des Brexit mit dem Hinweis kleinzureden, das seien lediglich anfängliche Schwierigkeiten. Doch der Regierungschef kümmert sich lieber wortreich um den umstrittenen Plan Global Britain, mit dem er und seine Torys das Vereinigte Königreich in eine „technologische Supermacht" mit weltweitem Einfluss verwandeln will. Doch wenn er nicht aufpasst, könnte England bald alleine dastehen. Bericht S. 8

BILDUNG

Die Aufgaben der Länder

Von Tobias Peter

Es ist in Ordnung wenn Kultusministerinnen und -minister zu erkennen geben: Für uns hat Unterricht in der Schule eine höhere Priorität als für diejenigen, die zuerst unter virologischen Aspekten auf das Thema Schule schauen.

Nicht in Ordnung ist, dass die Bundesländer mehr als ein Jahr nach Beginn der Corona-Krise noch nicht zu einer verbindlich umgesetzten gemeinsamen Linie beim Thema Schulöffnungen gefunden haben. Wenn in einer so ernsten Lage jeder macht, was er will, untergräbt das vielfach Vertrauen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern.

Wer für Präsenzunterricht in der Pandemie wirbt, muss sich daran messen lassen, ob er Grundlagen dafür schafft. Die Ankündigung, dass die Testmöglichkeiten ausgebaut werden sollen, reicht nicht aus. Notwendig ist eine Testpflicht. Und die Länder müssen sagen, wie genau sie diese organisieren und umsetzen wollen. In solchen Fragen erinnert manch ein Kultusminister an Schüler, die wochenlang immer wieder sagen: „Ich mache meine Hausaufgaben schon noch."

Dieses Dokument ist lizenziert für ZHH Zeitungsholding Hessen GmbH & Co. KG, un61334K.
Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau. Download vom 06.05.2021 00:08 von www.genios.de.